

VORSCHLAG FÜR EINE

CHARTA DER DIGITALEN GRUNDRECHTE

DER EUROPÄISCHEN UNION

ORIGINALVERSION 1. DEZEMBER 2016

PRÄAMBEL

IM BEWUSSTSEIN, DASS

die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

die zunehmende Digitalisierung zur Veränderung der Grundlagen unserer Existenz führt,

es im digitalen Zeitalter zu enormen Machtverschiebungen zwischen Einzelnen, Staat und Unternehmen kommt,

im digitalen Zeitalter eine zivilgesellschaftliche Debatte entstanden ist und weitergeht,

Grundrechte und demokratische Grundprinzipien im digitalen Zeitalter auf neue Herausforderungen und Bedrohungen treffen,

technischer Fortschritt stets im Dienste der Menschheit zu stehen hat,

die Gestaltung der digitalen Welt auch eine europäische Aufgabe sein muss, damit es im europäischen Verbund gelingt, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im 21. Jahrhundert zu erhalten;

IN ANERKENNUNG

der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,

der Europäischen Menschenrechtskonvention,

der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,

der Grundrechts- und Datenschutzstandards der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten;

FEST ENTSCLOSSEN

Grundrechte und demokratische Prinzipien auch in der digitalen Welt durch die Herrschaft des Rechts zu schützen,

staatliche Stellen und private Akteure auf eine Geltung der Grundrechte in der digitalen Welt zu verpflichten,

auf diese Weise das Fundament einer rechtsstaatlichen Ordnung im digitalen Zeitalter zu schaffen,

das Digitale nicht als Quelle der Angst, sondern als Chance für ein gutes Leben in einer globalen Zukunft zu erfassen;

ERKENNT DIE UNION DIE NACHSTEHEND AUFGEFÜHRTEN RECHTE, FREIHEITEN UND GRUNDSÄTZE AN:

ART. 1 (WÜRDE)

- (1) Die Würde des Menschen ist auch im digitalen Zeitalter unantastbar. Sie muss Ziel und Zweck aller technischen Entwicklung sein und begrenzt deren Einsatz.
- (2) Neue Gefährdungen der Menschenwürde ergeben sich im digitalen Zeitalter insbesondere durch Big Data, künstliche Intelligenz, Vorhersage und Steuerung menschlichen Verhaltens, Massenüberwachung, Einsatz von Algorithmen, Robotik und Mensch-Maschine-Verschmelzung sowie Machtkonzentration bei privaten Unternehmen.
- (3) Die Rechte aus dieser Charta gelten gegenüber staatlichen Stellen und Privaten.

ART. 2 (FREIHEIT)

Jeder hat ein Recht auf freie Information und Kommunikation. Dieses Recht ist konstitutiv für die freie Gesellschaft. Es beinhaltet das Recht auf Nichtwissen.

ART. 3 (GLEICHHEIT)

- (1) Jeder Mensch hat das Recht auf eine gleichberechtigte Teilhabe in der digitalen Sphäre. Es gilt das in der Europäischen Grundrechte-Charta formulierte Diskriminierungs-Verbot.
- (2) Die Verwendung von automatisierten Verfahren darf nicht dazu führen, dass Menschen vom Zugang zu Gütern, Dienstleistungen oder von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere im Bereich Gesundheit, Schutz vor elementaren Lebensrisiken, Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen, Recht auf Bewegungsfreiheit und bei Justiz und Polizei.

ART. 4 (INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT)

- (1) Im digitalen Zeitalter werden innere und äußere Sicherheit auf neue Weise bedroht. Bei der Ausübung der Schutzverantwortung des Staates sind enge rechtsstaatliche Grenzen zu beachten.
- (2) Sicherheitsbehörden dürfen nicht auf durch Private erhobene Daten zugreifen. Ausnahmen sind nur auf gesetzlicher Grundlage zum Schutz besonders wichtiger Rechtsgüter zulässig.
- (3) Eine anlasslose Massenüberwachung findet nicht statt.
- (4) Waffensysteme dürfen nicht vollautomatisiert eingesetzt werden.

ART. 5 (MEINUNGSFREIHEIT UND ÖFFENTLICHKEIT)

- (1) Jeder hat das Recht, in der digitalen Welt seine Meinung frei zu äußern. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Digitale Hetze, Mobbing sowie Aktivitäten, die geeignet sind, den Ruf oder die Unversehrtheit einer Person ernsthaft zu gefährden, sind zu verhindern.
- (3) Ein pluraler öffentlicher Diskursraum ist sicherzustellen.
- (4) Staatliche Stellen und die Betreiber von Informations- und Kommunikationsdiensten sind verpflichtet, für die Einhaltung von Abs. 1, 2 und 3 zu sorgen.

ART. 6 (PROFILING)

Profiling durch staatliche Stellen oder Private ist nur auf gesetzlicher Grundlage zulässig.

ART. 7 (ALGORITHMEN)

- (1) Jeder hat das Recht, nicht Objekt von automatisierten Entscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Lebensführung zu sein. Sofern automatisierte Verfahren zu Beeinträchtigungen führen, besteht Anspruch auf Offenlegung, Überprüfung und Entscheidung durch einen Menschen. Die Kriterien automatisierter Entscheidungen sind offenzulegen.
- (2) Insbesondere bei der Verarbeitung von Massen-Daten sind Anonymisierung und Transparenz sicherzustellen.

ART. 8 (KÜNSTLICHE INTELLIGENZ)

- (1) Ethisch-normative Entscheidungen können nur von Menschen getroffen werden.
- (2) Der Einsatz und die Entwicklung von künstlicher Intelligenz in grundrechtsrelevanten Bereichen muss gesellschaftlich begleitet und vom Gesetzgeber reguliert werden.
- (3) Für die Handlungen selbstlernender Maschinen und die daraus resultierenden Folgen muss immer eine natürliche oder juristische Person verantwortlich sein.
- (4) Bei Infrastrukturen, die für das Funktionieren der Gesellschaft essentiell sind, muss staatliche Kontrolle und Krisen-Vorsorge gewährleistet sein.

VORSCHLÄGE ZUR ÜBERARBEITUNG

Die folgenden Vorschläge sind als Diskussionspapier einer Arbeitsgruppe* für die re:publica Konferenz erstellt worden.

Sie betreffen zunächst die Artikel

Neues Vorwort, 1, 5, (zusammengefasst 6, 7, 8), 10, 21, 22.

Sie stellen keine abschließende Überarbeitung der Charta dar, sondern sollen zur Debatte anregen.

Alle Kommentare und Vorschläge finden Sie unter www.digitalcharta.eu

PRÄAMBEL

[-] wie linke Seite

VORWORT (NEU)

DIESER ENTWURF für eine Digital-Charta ist mit dem Ziel [in dem Wissen] entstanden, dass die unverbindlichen Debatten um Grundrechte im digitalen Zeitalter [universelle einklagbare Spielregeln für das digitale Zeitalter] in ein Ergebnis münden müssen. Wir wollen mit diesem Vorschlag die bestehenden Grundrechte stärken und konkretisieren.

WIR, DIE AUTORINNEN UND AUTOREN, halten dies für notwendig, weil sich mit der technologischen Entwicklung neue Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenleben und das Verhältnis zwischen Menschen und sowohl staatlichen als auch privaten Akteure ergeben.

DIESE entstehen etwa durch neue Formen der Automatisierung, künstliche Intelligenz, Vorhersage und Steuerung menschlichen Verhaltens, Massenüberwachung, Robotik und Mensch-Maschine-Verschmelzung sowie Machtkonzentration bei privaten Unternehmen.

WIR legen hiermit eine Diskussionsgrundlage [und keinen finalen juristischen Text] vor. Sie soll in der Öffentlichkeit reifen. Wir setzen uns dafür ein, dass daraus ein [gesellschaftlicher und politischer] Prozess entsteht, der in ein bindendes Grundrechte-Dokument mündet. So soll ein digitalgesellschaftliches Fundament der EU entstehen.

ART. 1 (WÜRDE)

- (1) Die Würde des Menschen ist auch im digitalen Zeitalter unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen. Dies gilt auch bei der Entwicklung neuer Technologien uneingeschränkt.
- (2) - (Im Vorwort aufgenommen)
- (3) Die Rechte aus dieser Charta gelten gegenüber staatlichen Stellen und je nach dem Maße ihrer Drittwirkung auch gegenüber privaten Akteuren. Das Maß der Drittwirkung bestimmt sich insbesondere nach der Rolle und dem Einfluss, die der private Akteur mit Blick auf die Rechte Einzelner hat.

Kommentar: Absatz (3) sollte systematisch im letzten Artikel („Schlussartikel“) stehen. Er steht zu Diskussionszwecken in Bezug zum ersten Charta-Entwurf an dieser Stelle.

ART. 2 (FREIHEIT)

[-]

ART. 3 (GLEICHHEIT)

[-]

ART. 4 (INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT)

[-]

ART. 5 (MEINUNGSFREIHEIT UND ÖFFENTLICHKEIT)

- (1) Jeder hat das Recht, auch in der digitalen Welt seine Meinung frei zu äußern. Eine Zensur findet nicht statt. [Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.]
- (2) Dieses Recht findet seine Schranken in der Würde und der Unversehrtheit des Menschen.
- (3) Die Freiheit der Medien und ein pluraler öffentlicher Diskursraum sind sicherzustellen.
- (4) -

Kommentar: Jeder sollte das Recht haben, private und staatliche Akteure für den Schutz seiner Würde und Unversehrtheit in Anspruch zu nehmen – und selbst dazu beizutragen. Unter Umständen sind neue Methoden, transparente und rechtsstaatliche Verfahren, unabhängige Stellen zu entwickeln.

ART. 6 (PROFILING)

[-]

Kommentar: Der Aspekt ist wichtig, bedarf aber einer umfassenden Überarbeitung.

ART. 7 (AUTOMATISIERTE ENTSCHEIDUNGEN) (NEU)

- (1) Jeder hat das Recht, nicht Objekt von automatisierten Entscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Lebensführung zu sein.
- (2) Ethisch-normative Entscheidungen werden nur von Menschen getroffen.
- (3) Jeder hat Anspruch auf Offenlegung, Überprüfung und Entscheidung durch einen Menschen bei einem automatisierten Entscheidungssystem. Die Kriterien und das System automatisierter Entscheidung sind offenzulegen.
- (4) Der Einsatz automatisierter Entscheidungssysteme in grundrechtssensiblen Bereichen ist verboten.
- (5) Für die Handlungen, Entscheidungen und Folgen automatisierter Entscheidungen muss immer eine natürliche oder juristische Person verantwortlich sein.

ART. 8 (KÜNSTLICHE INTELLIGENZ)

Inhalt von Artikel 8 wurde in Artikel 7 (neu) zusammengefasst.

ART. 9 (TRANSPARENZ)

- (1) Die Informationen staatlicher Stellen müssen öffentlich zugänglich sein.
- (2) Das Transparenzgebot gilt auch gegenüber Privaten, sofern diese über Informationen verfügen, die für die Freiheitsverwirklichung Betroffener von entscheidender Bedeutung sind.

ART. 10 (UNVERSEHRTHEIT DER WOHNUNG)

Jeder hat das Recht, in seiner Wohnung frei und unbeobachtet zu leben.

ART. 11 (DATENSCHUTZ UND DATENSOUVERÄNITÄT)

- (1) Jeder hat das Recht auf den Schutz seiner Daten und die Achtung seiner Privatsphäre.
- (2) Jeder hat das Recht, über seine Daten selbst zu bestimmen. Personenbezogene Daten dürfen nur nach Treu und Glauben und für festgelegte Zwecke erhoben und verarbeitet werden, wenn dies für das jeweilige Nutzungsverhältnis erforderlich ist und eine vorherige Einwilligung erfolgt ist oder auf gesetzlicher Grundlage. Die Einwilligung muss ausdrücklich und informiert erfolgen. Nutzungsverhältnisse müssen fair und transparent gestaltet werden.
- (3) Die Einhaltung dieser Rechte wird von einer unabhängigen Stelle überwacht.
- (4) Anbieter von Diensten oder Produkten dürfen nur solche Daten erheben und verarbeiten, welche für den Zweck der Benutzung erforderlich sind. Die Grundsätze von privacy by design und privacy by default sind einzuhalten.

ART. 12 (INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG)

- (1) Die Unversehrtheit, Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme ist sicherzustellen.
- (2) Jeder hat ein Recht auf Verschlüsselung seiner Daten.

ART. 13 (DATENSICHERHEIT)

- (1) Jeder hat ein Recht auf Sicherheit von informationstechnischen Systemen und der durch sie verarbeiteten Daten. Dabei ist höchstmöglicher Schutz zu gewährleisten.
- (2) Identitätsdiebstahl und Identitätsfälschung sind zu bekämpfen.

ART. 14 (WAHLEN)

Das Recht, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, darf nicht an den Zugang zu digitalen Medien gebunden werden.

ART. 15 (FREIER ZUGANG)

- (1) Jeder Mensch hat das Recht auf freien, gleichen und anonymen Zugang zu Kommunikationsdiensten, ohne dafür auf grundlegende Rechte verzichten zu müssen. Das Internet ist Bestandteil der Grundversorgung.
- (2) Jeder hat das Recht auf eine nicht-personalisierte Nutzung digitaler Angebote.

ART. 16 (NETZNEUTRALITÄT)

Netzneutralität ist zu gewährleisten. Dies gilt auch für Dienste, die den Zugang zur digitalen Sphäre vermitteln.

ART. 17 (PLURALITÄT UND WETTBEWERB)

In der digitalen Welt sind Pluralität und kulturelle Vielfalt zu gewährleisten. Offene Standards sind zu fördern. Marktmissbräuchliches Verhalten ist wirksam zu verhindern.

ART. 18 (RECHT AUF VERGESSENWERDEN)

Jeder Mensch hat das Recht auf digitalen Neuanfang. Dieses Recht findet seine Grenzen in den berechtigten Informationsinteressen der Öffentlichkeit.

ART. 19 (BESONDERS SCHUTZBEDÜRFTIGE PERSONEN)

Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und besonders schutzbedürftige Personen genießen in der digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre Teilhabe an der digitalen Welt ist zu fördern.

ART. 20 (BILDUNG)

- (1) Jeder hat ein Recht auf Bildung, die ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt ermöglicht.
- (2) Digitalisierung ist eine elementare Bildungsherausforderung. Sie besitzt einen zentralen Stellenwert in den Lehrplänen öffentlicher Bildungseinrichtungen.

ART. 21 (ARBEIT)

- (1) Arbeit bleibt eine wichtige Grundlage des Lebensunterhalts und der Selbstverwirklichung.
- (2) Im digitalen Zeitalter ist effektiver Arbeitsschutz zu gewährleisten.
- (3) Der digitale Strukturwandel ist nach sozialen Grundsätzen zu gestalten.

ART. 22 (IMMATERIALGÜTER)

Rechteinhabern steht ein fairer Anteil an den Erträgen zu, die aus der digitalen Nutzung ihrer Immaterialgüter erwirtschaftet werden. Diese Rechte müssen in Ausgleich gebracht werden mit nicht-kommerziellen Nutzungsinteressen.

ART. 23 (SCHLUSSBESTIMMUNGEN)

- (1) Die Auslegung der in dieser Charta enthaltenen Rechte obliegt in letzter Instanz dem Europäischen Gerichtshof.
- (2) Ausübung und Einschränkung der Rechte und Grundsätze dieser Charta erfolgen entsprechend Art. 52 EGC.
- (3) Rechte und Pflichten aus dieser Charta gelten für alle Unternehmen, die auf dem Gebiet der EU tätig sind. Die Festlegung eines Gerichtsstands außerhalb der EU ist unzulässig

ART. 9 (TRANSPARENZ)

[-]

ART. 10 (PRIVATSPHÄRE UND VERTRAULICHKEIT)

- (1) Jeder hat das Recht, in seiner Wohnung frei und unbeobachtet zu leben.
- (2) Die Unversehrtheit, Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme ist sicherzustellen.
- (3) Jeder hat das Recht, seine Daten und Kommunikation durch Wahl geeigneter Mittel gegen Kenntnisnahme Dritter zu schützen.
- (4) Das Recht auf informationelle Unversehrtheit ist zu gewährleisten.

Kommentar: Artikel beinhaltet nun Aspekte von Artikel 12 (vormals: Informationelle Selbstbestimmung)

ART. 11 (DATENSCHUTZ)

[-]

Kommentar: Der Aspekt ist wichtig, bedarf aber einer umfassenden Überarbeitung.

ART. 12 (INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG)

Kommentar: Wesensgehalt wird zu Artikel 10 (Wohnung) verschoben, der neu „Privatsphäre und Vertraulichkeit“ heißt)

ART. 13 (DATENSICHERHEIT)

[-]

ART. 14 (WAHLEN)

[-]

ART. 15 (FREIER ZUGANG)

[-]

ART. 16 (NETZNEUTRALITÄT)

[-]

ART. 17 (PLURALITÄT UND WETTBEWERB)

[-]

ART. 18 (RECHT AUF VERGESSENWERDEN)

[-]

ART. 19 (BESONDERS SCHUTZBEDÜRFTIGE PERSONEN)

[-]

ART. 20 (BILDUNG)

[-]

ART. 21 (ARBEIT)

[-]

Kommentar: Ob unter den Bedingungen zunehmender Automatisierung Erwerbsarbeit dauerhaft Grundlage für den Lebensunterhalt darstellen kann, bedarf einer ausführlicheren Diskussion, die ggf. Einfluss auf die Maxime in Absatz 1 hat. Auch der Aspekt der Selbstverwirklichung kann im digitalen Zeitalter zunehmend auf anderen Grundlagen entstehen. Weitere Aspekte und Vorschläge zum Schutz von Arbeitnehmerrechten in der digitalen Welt ggf. ergänzen.

ART. 22 (IMMATERIALGÜTER)

- (1) Jeder hat das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben, am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften.
- (2) Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die aus der Schaffung und Verbreitung von kreativen Werken erwachsen. Dies muss in Ausgleich gebracht werden mit den Interessen der Allgemeinheit, dem technischen Fortschritt und den kreativen Prozessen in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst.

ART. 23 (SCHLUSSBESTIMMUNGEN)

[-]

Kommentar: Artikel 1, Absatz 3 soll zu einem späteren Zeitpunkt in die Schlussbestimmungen aufgenommen werden.

* Die Vorschläge wurden unter Berücksichtigung vieler Netzkommentare von folgender Arbeitsgruppe zusammengestellt: (M. Spitz, G. Hamann, B. Wagner, J. Hofmann, J. P. Albrecht, W. Kleinwächter, R. Casati, J. Haeusler, D. Opper).

Die vollständigen Kommentare und Vorschläge zur Charta finden Sie unter www.digitalcharta.eu

PROGRAMM
DIENSTAG 9. MAI 2017

10:30 UHR
ANKUNFT & NETWORKING // WHITE ROOM

11:00 UHR
EINLASS IN STAGE 5 // STAGE 5

11:15 – 12:15 UHR
VORTRAG UND PANEL // STAGE 5

#DigitalCharta – Brauchen wir Grundrechte für das digitale Zeitalter?
Das Eröffnungspanel der #DigitalCharta:Con stellt die Initiative vor und bringt Autoren und Kritiker der Charta miteinander ins Gespräch.

Es diskutieren u.a. mit: Jeanette Hofmann (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin), Jan Philipp Albrecht MdEP (Bündnis 90/ Die Grünen), Johnny Haeusler (Autor und Unternehmer), Christoph Kucklick (Chefredakteur GEO Magazin).

Moderation: Heinrich Wefing (DIE ZEIT)

12:15 UHR
PAUSE + ÜBERLEITUNG WORKSHOPS

12:30 – 14:15 UHR
FISHBOWL-DISKUSSION // STAGE 8 & 9

#DigitalCharta – Die Diskussion

In zwei Fishbowl-Diskussionen diskutieren wir mit dem Publikum die Artikel und Kritikpunkte der Digital Charta. Gemeinsam arbeiten wir an Vorschlägen für einen Textentwurf 2.0.

Es diskutieren u.a. mit: Jeanette Hofmann (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin), Beate Wagner (Managing Director, Global Young Academy), Gerhart R. Baum (Rechtsanwalt), Malte Spitz (Secretary General der Gesellschaft für Freiheitsrechte), Wolfgang Kleinwächter (ehemaliger ICANN-Direktor und Professor für Internetpolitik, Universität Aarhus), Götz Hamann (DIE ZEIT), Daniel Opper (ZEIT-Stiftung).

Jeder Besucher kann im Sinne einer Fishbowl-Debatte an der Diskussion teilnehmen.

Moderation: Domenika Ahlrichs (stellv. Chefredakteurin WIRED.de) und Jan Ehlert (NDR)

14:15 – 15:00 UHR
MITTAGSPAUSE (ZUR FREIEN VERFÜGUNG)

15:00 – 16:00 UHR
PANEL // STAGE 5

#DigitalCharta – Wie geht es weiter?

Auf dem Panel sollen die (politischen) Perspektiven der Initiative in Deutschland und Europa anhand der Frage diskutiert werden: Wie stärken wir Grundrechte im digitalen Zeitalter? Außerdem wird kurz der Stand der Überarbeitung zusammengefasst.

Es diskutieren u.a. mit: Sascha Lobo, Jeanette Hofmann (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin), Malte Spitz und Steven Hill (Autor, USA).

Moderation: Götz Hamann (DIE ZEIT)

AB 16:00 UHR
GET-TOGETHER // WHITE ROOM

KEINE ANMELDUNG NÖTIG

Eine Initiative der

ZEIT-Stiftung
Ebelin und Gerd
Bucurius

VORSCHLÄGE 9. MAI 2017